

Das soll anders werden mit der Theater AG

AUSGLIEDERN Wenn das Theater Winterthur nicht mehr zur Stadtverwaltung gehört, werden Entscheidungswege kürzer, werden Firmen Anlässe sponsern, und die Qualität bleibt so hoch wie heute. Das sind die Versprechen, die es einzulösen gilt.

Glaukt man den Worten von Stadtpräsident Michael Künzle und Theaterleiter René Munz, führt kein Weg an dieser Ausgliederung des Theaters aus der Stadtverwaltung vorbei. Eine extern in Auftrag gegebene Betriebsanalyse habe gezeigt, sagten die zwei, dass der Status quo zu einem Qualitätsabbau und letztlich auch zu einem grossen Publikumsverlust führen werde.

Das Ziel der Theater Winterthur AG aber sei: die Qualität so hoch zu halten, wie sie ist, und nach dem Programmabbau in den Sparjahren in Zukunft wieder mehr Publikum anzulocken.

Mehr Geld zur Verfügung

Hinter den Kulissen wird sich vieles ändern, wenn das Theater eine AG ist – so zumindest das Versprechen und die Hoffnung. Die Entscheidungswege werden kürzer, Entscheide fallen schneller. Ein kompetenter Verwaltungsrat unterstützt die Direktion in der Strategie des Hauses. Das Theater kommt besser als heute an Firmen und Stiftungen ran, die als Sponsoren und Geldgeber spezielle Projekte ermöglichen werden. Die Personalplanung und die Jahresrechnung können dem Theaterbetrieb angepasst werden: Hochsaison im Winter, wenig los im Sommer während der Theaterpause. Und, nicht unwesentlich: Das Theater könnte Geld zur Seite legen,

wenns mal gut läuft, und dieses dann in schlechteren Tagen einsetzen. Gewinne abschöpfen aber ist nicht möglich: Die Theater AG wird gemeinnützig sein; und wer ihr etwas spendet, kann das in der Steuererklärung abziehen.

Wenn das Theater mehr Einnahmen erzielt, heisst das nicht, dass die Stadt entsprechend weniger zahlen muss. Im Gegenteil: Der jetzt vorliegende Antrag geht von einem jährlichen Subventionsbetrag von 4,25 Millionen Franken aus; das sind 400 000 Franken mehr, als das Theater die Stadt bis anhin gekostet hat. Zudem bleiben das Gebäude und dessen Unterhalt bei der Stadt. Das Theater muss keine Miete zahlen.

Autos und Pralinés im Foyer

Erste Erfahrungen mit Sponsoring hat das Theater schon in seiner heutigen Form gemacht: Es seien schon Autos im Foyer gestanden, sagte Stadtpräsident Künzle, und kürzlich wurde die Aufführung einer kubanischen Tanzkompanie von einem Pralinéhersteller unterstützt, der so seine neue Kuba-Linie bewarb.

Sponsoring und Fundraising seien sehr arbeitsintensiv, doch ohne komme man heute nicht mehr über die Runden, sagten die Theaterleute an der Medienorientierung. Sie liessen keine Zweifel offen: Wenn Winterthur die heutige Qualität halten will, braucht's mehr (privates) Geld.



Das Gebäude und dessen Unterhalt bleiben der Stadt, der Theaterbetrieb mit allen Angestellten geht an eine Aktiengesellschaft über.

Foto: Enzo Lopardo

Bei den Parteien kommt der Antrag generell gut an, wie aus ersten Stellungnahmen hervorgeht. Die Grünliberalen begrüssen die Ausgliederung ohne Wenn und Aber. Auch Felix Helg (FDP), der schon 2007 und dann 2012 an Vorstössen zur Verselbst-

ständigung beteiligt war, freut sich, dass diese nun näherrückt.

SP: Ja mit Bedingungen

Die SP, die Privatisierungen stets skeptisch gegenübersteht, schreibt im Communiqué, man werde auch diesen Prozess «kri-

tisch begleiten». Die Qualität des Theaters müsse hoch bleiben, die Anstellungsbedingungen dürften nicht schlechter werden, und die Gemeinnützigkeit der Theater AG müsse garantiert sein. Lieber als eine Theater AG hätte die SP eine Genossenschaft gesehen.

Wie gehts nun weiter? Ziemlich rasant. Schon im Herbst soll der Gemeinderat das Geschäft behandeln, damit im Februar 2019 die Volksabstimmung stattfinden kann. Im Frühling würde die AG gegründet, deren erste Saison begänne im September 2019. *mgm*

Hirayama verlässt ZHAW

WECHSEL Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) verliert die Direktorin des Departements School of Engineering, Martina Hirayama. Sie wurde am Mittwoch vom Bundesrat als neue Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) in Bern gewählt. Sie tritt Anfang 2019 die Nachfolge von Mauro Dell'Ambrogio an.

Die ZHAW dankt Hirayama auf der Schul-Homepage für ihren Einsatz und kündigt an, der Prozess zur Nachfolgeregelung werde baldmöglichst initiiert. Hirayama war seit 2003 ZHAW-Dozentin für industrielle Chemie, 2011 wurde sie zur Direktorin der School of Engineering ernannt. *mif*

Volksinitiative Obertor gültig

ALTSTADT Wie der Stadtrat mitteilt, ist die kommunale Volksinitiative «Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten» mit mindestens 1169 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Abgegeben haben die Initianten 1978 Unterschriften, geprüft wurden jedoch nur 1201. Der Stadtrat muss dem Grossen Gemeinderat nun bis zum 20. August 2018 eine Weisung vorlegen. Darin stellt er Anträge zur rechtlichen Gültigkeit, zum Inhalt des Volksbegehrens und zum weiteren Vorgehen. *red*

«Gspänliwünsche können wir nicht berücksichtigen»

OBERWINTERTHUR Die Klasseneinteilungen für die Schule in Oberi führten in diesem Jahr zu 39 Einsprachen – deutlich mehr als üblich.

Der abtretende Schulpflegepräsident Toni Patscheider wurde in Oberwinterthur in mehreren Schulen bereits verabschiedet. Doch das Alltagsgeschäft lässt ihn noch nicht los. In diesem Jahr waren nämlich 39 Familien mit den Klasseneinteilungen nicht einverstanden, die wie üblich vor Mitte Juni versandt wurden. Zum Vergleich: Im letzten Jahr gab es 25 Einsprachen.

Patscheider erklärt sich die Zunahme damit, dass die Zuteilungsgrenzen in diesem Jahr zum Teil markant verschoben werden mussten. «In Hegi haben wir dank dem neuen Schulhaus nun Platz, an vielen anderen Orten aber fehlt Schulraum», so Patscheider. Früher habe die Bahnlinie als Grenze für die Zuteilungen nach Hegi gegolten. Es sei aber nicht mehr möglich gewesen, diese Grenze beizubehalten.

Viele Faktoren zu beachten

Die Einteilung sei in diesem Jahr schwierig gewesen, sagt Patscheider. «Wir mussten viele verschiedenen Faktoren beachten. So wollen wir eine gute Durchmischung der Klassen, es soll aber auch kein Kind einen zu weiten Schulweg zurücklegen müssen oder alleine unterwegs sein.»

Hinzu kam, dass der Schulraum in anderen Schulhäusern noch knapper wurde als zuvor. Schon im Vorfeld war bekannt geworden, dass drei Mittelstufen-Klassen aus dem Schulhaus Ry-

chenberg nach Hegi zügeln müssen, um Platz zu machen für zusätzliche Oberstufenklassen. Entsprechend werden in den nächsten Jahren zahlreiche Kinder aus Oberwinterthur entweder im neuen Schulhaus Neuhegi oder im Hegifeld zur Schule gehen. Damit waren einige Eltern nicht einverstanden.

Erheben Eltern gegen eine Zuteilung Einsprache, muss die Kreisschulpflege eine begründete, rekursfähige Verfügung aus-

stellen. Erst diese können Eltern dann beim Bezirksrat innert der Rekursfrist anfechten. Patscheider ist zuversichtlich, dass alle offenen Fälle noch vor dem Schulbeginn nach den Ferien erledigt werden können. «Ich bin ja noch bis am 19. August im Amt.»

Laut Patscheider hat die Schulpflege alle 39 Einsprachen behandelt. In einigen Fällen habe man den Wünschen entsprechen können, etwa dann, wenn ein Tausch möglich gewesen sei. «Dies war aber bei weniger als der Hälfte der Einsprachen der Fall.» In der Regel nicht eingehen könne man auf Gspänliwünsche.

Probleme deuten sich an

Patscheider betont, dass auf den Schulkreis Oberwinterthur trotz des neuen Schulhauses schon bald wieder Schulraumprobleme zukommen. «Das Schulhaus Neuhegi startet bereits voll. In den Schulhäusern Eulachpark und Hegifeld haben wir zwar noch Reserven, aber in anderen Quartieren deuten sich Probleme an, etwa beim Kindergarten Schooren am Heiniweg.» Dort dürfte es künftig eng werden – und Kindergartenkinder können nicht beliebig weite Schulwege bewältigen. Hinzu kommt beim Schulweg die Verkehrssituation: «Wenn wir die Zuteilungsgrenzen verschieben müssen, können Situationen entstehen, bei welchen die Sicherheit des Schulwegs ein Thema wird. Dann wird an einigen Stellen die Lotsenfrage wieder aktuell. Auf meinen Nachfolger und die neue Schulpflege wird also einiges zukommen», sagt Patscheider.

Mirjam Fonti



«Auf meinen Nachfolger und die neue Schulpflege wird einiges zukommen.»

Toni Patscheider,
Kreisschulpflegepräsident
Oberwinterthur

Messer gegen Polizisten, Bedroher verhaftet

POLIZEI Ein 50-jähriger Schweizer hat in Oberi einen Buschauffeur bedroht. Gegen die anrückenden Polizisten zog er ein «grösseres Messer», bei der Stapo spricht man von einer heiklen Situation.

Mitten im beginnenden Feierabendverkehr kam es am Mittwoch beim Bahnhof Oberwinterthur zu einer Bedrohungssituation. Die Stadtpolizei Winterthur informierte am Donnerstagmorgen über den Vorfall, bei dem niemand verletzt wurde.

Laut Stapo-Sprecher Michael Wirz ging am Mittwoch kurz nach 16 Uhr die Meldung ein, dass beim Bahnhof Oberi ein Unbekannter einen Buschauffeur bedroht habe. Zwei Polizisten rückten zum Bahnhof aus, sie trafen vor Ort auf den Täter, einen 50-jährigen Schweizer. Der Chauffeur hatte sich inzwischen in Sicherheit gebracht, doch am Bahnhof waren noch zahlreiche Passanten unterwegs. Als die Polizisten auf den Mann zugehen, zückte dieser

plötzlich ein Messer und bedrohte die Beamten. Diese konnten die Situation nur mit Pfefferspray beruhigen und den 50-Jährigen so verhaften.

Staatsanwaltschaft und Kapo ermitteln

Laut Sprecher Michael Wirz verfügte der Mann über ein «grösseres Messer». Unklar sei derzeit, ob er das Messer auch gegen den Buschauffeur eingesetzt hat. Wirz spricht von einer «heiklen Situation» für seine Kollegen: «Es ist immer schwierig, wenn jemand ein Messer zückt.»

Um die weiteren Ermittlungen kümmert sich die Zürcher Kantonspolizei, auch die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland wurde in den Fall involviert. Die beiden Stellen äussern sich zu Ermittlungen derzeit noch nicht. Der festgenommene 50-Jährige sass gestern allem Anschein nach immer noch in Haft. Ob der Mann bereits früher auffällig geworden war, ist derzeit nicht bekannt. *mpl*

Todesdrohungen gegen Journalisten

STRAFBEFEHL Die Staatsanwaltschaft Kreuzlingen hat gegen einen jungen Mann einen Strafbefehl wegen Drohung ausgesprochen. Der Mann, der früher im Umkreis der inzwischen geschlossenen An'Nur-Moschee verkehrte, hatte diesen Frühling auf seinem Instagram-Profil Todesdrohungen gegen den Journalisten und Kriegsreporter Kurt Pelda veröffentlicht. Pelda publi-

zierte zahlreiche Artikel über die An'Nur-Moschee, heute arbeitet er für Tamedia, die auch den «Landboten» herausgibt. Unter anderem schrieb der junge Mann an die Adresse Peldas: «Sehe ich nochmal mein Foto in der Zeitung, schiess ich Bleikugeln.» Der Mann, der sich während der Tatzeit in einem Massnahmenzentrum befand, muss eine 900-Franken-Geldstrafe bezahlen. *mpl*